

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 242 Anfrage Stadelmann Karin Andrea und Mit. über die aktuelle Situation in Frauenhäusern und der Zunahme von Gewalt (Tötungsversuche/Femizide) an Frauen im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement

Karin Andrea Stadelmann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Karin Andrea Stadelmann: Als ich die Anfrage über die Sommerferien mit der Unterstützung von Pia Engler und weiteren Kantonsrätinnen und Kantonsräten verfasste, hatte ich noch meinem Besuch im Frauenhaus in Luzern im Kopf. Die Plätze dort sind sehr gut ausgelastet, um es höflich zu formulieren. Teils gibt es Wartelisten, denn die Gewalt nimmt zu. Damals dachte ich nicht, dass im November und auch im Dezember des letzten Jahres derart viel über Gewalt an Frauen, Femiziden, aber auch Gewalt an älteren Frauen berichtet wird in den Medien. Seit dem Sommer hat diese Problematik aber offensichtlich stark zugenommen. Die Zahlen zeigen: Obwohl Tötungen in der Schweiz insgesamt selten sind, betrifft fast die Hälfte der Fälle, rund 40 Prozent, Paarbeziehungen. Diese Rate ist in den letzten Jahren unverändert hoch geblieben. Diese Fakten machen einen auch teilweise etwas fassungslos und ratlos. Es wird immer deutlicher, dass es im Bereich von Gewalt an Frauen, eben auch bis ins hohe Alter, eine hohe Dunkelziffer gibt. Wie Claudia Wedekind von der Mitte-Fraktion heute schon gesagt hat, ist Gewalt eigentlich ein absolutes No-Go. Anhand der zahlreichen, in den letzten beiden Stunden behandelten Vorstösse sehen wir aber, dass dieses Thema auch im Kanton Luzern von immenser Brisanz ist. Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen und die wertvollen Hinweise auch auf die Istanbul-Konvention und auf gewisse Entwicklungen. Allerdings überzeugen mich diese Antworten nur teilweise. Die Platzverhältnisse und die konstante Auslastung der Schutzunterkünfte sind bekannt. Diese Entwicklung wird zwar beobachtet, aber es braucht offensichtlich auch interkantonal einen stärkeren Austausch. Diesen gibt es zwar, aber die Plätze sind rar. Zudem fehlen zuverlässige Daten. Zugegeben, das ist nicht nur im Kanton Luzern ein Problem, sondern schweizweit. Doch gerade wenn es um Tötungsdelikte geht, auch im Bereich von älteren Frauen, braucht es eine gewisse Transparenz, um zu schauen, ob Präventionsmassnahmen, Unterstützungen oder eben auch die Strafverfolgung besser greifen. Straftaten und häusliche Gewalt müssen präventiv verhindert werden – ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Ich danke in diesem Sinn aber der Regierung und insbesondere Regierungsrätin Ylfete Fanaj, dass sie diesen Aktionsplan im Herbst ganz prominent ins Leben gerufen hat und auch eine Strategie, die von der Prävention bis zur Strafverfolgung reicht,

um Gewalttaten zu verhindern und Massnahmen zu ergreifen. Dennoch – wir haben es auch in der Mitte-Fraktion besprochen – überzeugen uns die Antworten so noch nicht. Es scheint so, als brauche es eine bessere Koordination und eben womöglich auch weitere Unterstützung bei der interkantonalen Unterbringung von Frauen sowie Kindern und Familien. Aufgrund der noch offengebliebenen Fragen prüft die Mitte-Fraktion, dem Thema nochmals nachzugehen und allenfalls ein Postulat mit Unterstützung aus dem Rat einzureichen.

Martin Wicki: Gewalt ist allgemein eine zunehmende Erscheinung in der Gesellschaft. Die Hemmschwelle zur Gewalt und leider auch zusehends die abschreckenden Folgen verlieren teilweise ihre Wirkung. Gewalt an Frauen, aber natürlich auch an Männern, wenn auch prozentual weniger, gilt es natürlich zu verurteilen. Wie von der Regierung ausgeführt, steigt die sogenannte häusliche Gewalt scheinbar nicht übermässig an. Es muss jedoch angenommen werden, dass es hier eine erhebliche Dunkelziffer gibt. Während der Corona-Zeit ist ein Peak zu erkennen, das ist aber nicht weiter verwunderlich, wurde man doch in den eigenen vier Wänden eingekerkert. Die Systematik der Statistik wurde 2023 geändert und die physische und psychische Gewalt wurden neu auch mit einbezogen. So kann natürlich der Eindruck erweckt werden, dass es zu wenig Plätze hat. Diese Frage sollte aber aufgrund der geänderten Systematik vielleicht doch nochmals geprüft beziehungsweise differenzierter betrachtet werden. Viele Präventionsmassnahmen und Aktionen in dieser Sache sind geplant und werden hier aufgeführt, wobei aus unserer Sicht die Wurzeln oder ein grosser Teil des Übels nicht anerkannt werden. Wenn unsere Werte nicht geachtet werden und gewisse Menschen ihre kulturellen Prägungen stärker gewichten als unsere Gesetze, ist die Zunahme der häuslichen Gewalt leider eine logische Folge davon. Die vermehrten Straftaten zeigen denn auch eindrücklich, dass die Frauenverachtung gewisser Kulturen hier klar zu erkennen ist. Die physische und psychische Gewalt ist ein massiver und wahrnehmbarer Sicherheitsverlust, vor allem für die Frauen. Dazu können viele Beispiele genannt werden, leider reicht aber heute die Zeit dazu nicht aus. Die Gutmenschenpolitik der letzten Jahre hat leider dazu geführt, dass wir immer und immer wieder Massnahmen ergreifen müssen, um den Umstand oder die Sicherheit verbessern zu können. Selbstverständlich ist das nicht kostenlos zu haben, das ist auch klar. Aber noch schlimmer ist der wahrnehmbare Sicherheitsverlust gewisser Personen. Wenn ich höre, dass wir den Frauen bereits Tipps geben, dass sie vielleicht nachts um 12 Uhr nicht mehr durch die eine oder andere Strasse gehen oder vielleicht einen etwas längeren Rock anziehen sollten, ist das sehr, sehr bedenklich. So muss es nicht sein. Wir müssen uns ganz sicher nicht anpassen, sondern unsere Gesetze und die Frauen müssen geachtet werden. Kulturelle Prägungen dürfen keinen Platz haben in der Schweiz, wenn sie unsere Gesetze missachten.

Elin Elmiger: Ich bin von der Antwort der Regierung ehrlich gesagt etwas schockiert und von gewissen oder vielen Aussagen meines Vorredners auch. Neben der dürftigen Datenlage scheint das Thema Gewalt an Frauen nicht besonders ernst genommen zu werden. In der Schweiz überlebt jede Woche eine Frau einen Femizid und jede zweite Woche wird im Schnitt eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Frau getötet. Der Femizid ist das häufigste tödlichste Gewaltdelikt an Frauen, das muss man sich vor Augen halten. Wenn sich eine Frau in Gefahr fühlt, ist es deshalb sehr wichtig, dass sie schnell in Sicherheit gebracht wird und Schutz findet. In Luzern haben wir ein Frauenhaus mit sieben Frauenzimmern, also Familienzimmern. Die Istanbul-Konvention empfiehlt pro 10 000 Einwohner*innen ein Frauenzimmer. Nach kurzer Rechnung merkt man schnell, dass die sieben Zimmer in Luzern viel zu wenig als empfohlen sind. Auch wenn man die anderen Zimmer dazurechnet reicht das nicht, zum Beispiel im Haus Hagar. Wenn ein Frauenhaus einen Auftrag als Kriseninterventionsangebot wahrnehmen soll,

dann kann man auch nicht mit einer Auslastung von 100 Prozent pro Jahr rechnen – man braucht immer Ausweichmöglichkeiten, wenn es eine Häufung von Fällen gibt. Die Regierung antwortet, dass die Schutzunterkünfte schweizweit stark ausgelastet sind und dass die Unterbringung zum Teil sehr aufwendig und zeitweilig ist. Weshalb ist denn nicht ein Projekt in Planung? Die Regierung schätzt, dass etwa 29 Prozent der Frauen ausserkantonale untergebracht werden müssen. Ich finde das sehr viel im Anbetracht, wenn man der Meinung ist, dass man genügend Zimmer hat. Auch andere Frauenhäuser sind stark ausgelastet, zum Beispiel sind auch die Frauenhäuser im Kanton Zürich am Limit, unter anderem oder vor allem wegen Frauen aus anderen Kantonen. Wollen wir nicht mit gutem Beispiel vorangehen und selbst für unsere Schutzunterkünfte besorgt sein? Für mich ist es deshalb unverständlich, dass so viele Zahlen über die Unterbringung von Frauen fehlen. Man weiss nicht, wie viele Frauen ausserhalb einer Schutzunterkunft untergebracht und wie lange sie ausserkantonale untergebracht werden. Auch auf viele andere Fragen hat die Regierung keine Antwort. Das ist sehr enttäuschend für mich. Die fehlenden Anschlussmöglichkeiten sind ebenfalls ein Thema, über das wir aber noch diskutieren müssen. Um aus der Gewaltspirale ausbrechen zu können und dass der Aufenthalt in einer solchen Schutzunterkunft auch wirklich nachhaltig ist, kann eine Frau nicht einfach zurück in ihren bisherigen Alltag. Diese Frauen müssen eine selbstständige Lebensgestaltung zurückgewinnen können. Deshalb ist es gerade für die Frauen wichtig, die stark isoliert oder traumatisiert waren oder die Unterstützung und Angebote benötigen, dass sie nach dem Aufenthalt in der Schutzunterkunft Unterstützung erhalten, damit sie ihr Leben nachhaltig in andere Bahnen lenken können. Die SP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden, hat aber grosses Interesse an Lösungen mitzuarbeiten und eine Verbesserung der Situation für die gewaltbetroffenen Frauen voranzutreiben.

Sabine Heselhaus: Geschlechterspezifische Gewalt und Femizide sind nicht nur eine individuelle Tragödie, sondern ein Spiegel tiefer gesellschaftlicher und struktureller Missstände. Der Kanton Luzern hat mit dem Aktions- und Massnahmenplan 2025–2029 sowie der Einbindung der Istanbul-Konvention wichtige Schritte unternommen, um Gewalt an Frauen zu bekämpfen. Sensibilisierungskampagnen wie die Website «Toxic-Love», die Weiterbildung von Fachpersonen, die Reaktivierung des «Runden Tisch Häusliche Gewalt» und die Stärkung der Fachgruppe Gewaltschutz sind Ansätze, welche die Prävention und Koordination entscheidend voranbringen. Doch diese Massnahmen greifen zu kurz. Ein Rechtsgutachten des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann zeigt unmissverständlich, dass die rechtlichen Grundlagen in der Schweiz weit hinter den gesellschaftlichen Ansprüchen zurückstehen. Zahlreiche Diskriminierungen, wie die Ungleichbehandlung bei den Witwen- und Witwerrenten oder der unzureichende rechtliche Schutz von Frauen vor körperlicher und psychischer Gewalt sind Zeugnisse eines veralteten Systems, das auf überholten Rollenbildern beruht. Diese Ungleichheiten verstärken sich durch strukturelle Defizite in der Arbeitswelt, wie Lohnunterschiede und der ungleichen Verteilung von Care-Arbeit. Ein weiteres Problem ist die mangelhafte Erfassung von Femiziden. Der Vorschlag, diese in der Kriminalstatistik separat auszuweisen, wäre ein wichtiger Schritt, um das wahre Ausmass der Problematik sichtbar zu machen und gezielte Präventionsmassnahmen zu entwickeln. Statistische Transparenz ist die Grundlage für wirksame politische Entscheidungen. Die Massnahmen des Kantons Luzern sind zu begrüssen, doch sie reichen noch nicht aus. In diesem Zusammenhang möchte ich Regierungsrätin Ylfete Fanaj für ihr doch sehr engagiertes Votum zur sexualisierten Gewalt danken. Es bedarf aber zusätzlich weitreichender Reformen, die über die Sensibilisierung hinausgehen. Die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt muss auf allen Ebenen

rechtlich, institutionell und gesellschaftlich intensiviert werden. Nur so können wir die fundamentalen Ungleichheiten beseitigen, die Frauen strukturell benachteiligen und sie zu Opfern machen. Lassen Sie uns nicht bei den Anfängen stehen bleiben. Wir haben die Verantwortung, eine Gesellschaft zu schaffen, die Menschenrechte und Grundrechte wahrt, Opfer schützt, Gleichstellung fördert und Gewalt entschlossen entgegentritt. Es braucht Mut, Entschlossenheit und die Bereitschaft, veraltete Strukturen aufzubrechen.

Pia Engler: Ich kann Martin Wickis Aussage bestätigen: Ein konservatives Rollenbild – dazu gehört auch ein konservatives Männerbild – begünstigt die Gewaltausübung. Das ist so und gilt für alle Gesellschaften und geht durch alle Kulturen. Es war dringend notwendig, dass das Thema der häuslichen Gewalt oder Gewalt in Beziehungen in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit erhalten hat. Wir wissen, dass der Graubereich immer noch hoch ist, das haben wir heute auch schon gehört. Nur die Minderheit der Betroffenen schafft es, sich Hilfe zu holen und den Schritt aus der Gewaltspirale zu machen. Bei häuslicher Gewalt denken wir heute automatisch an ein Frauenhaus, und das ist auch richtig so. Frauenhäuser sind eine erste Anlaufstelle in der Krisensituation, in der die Gefahr besonders hoch und auch unmittelbarer Schutz notwendig ist. Der Bedarf an Schutzplätzen ist nach wie vor sehr gross und oft finden Frauen und Kinder keine Unterkunft in einer Schutzunterkunft. Das ist so, auch nach der Corona-Pandemie. Daher wird nach weiteren Schutzunterkünften verlangt. Meiner Meinung nach braucht es jetzt aber eine Differenzierung des Bedarfs, wozu belastbare Zahlen des Kantons unabdingbar sind. Wir benötigen mehr Klarheit, welchen Bedarf wir haben und welche Plätze wir brauchen, damit wir ein optimales Angebot schaffen können. Wir haben zum Beispiel Frauen mit Behinderungen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Diese Frauen haben wir praktisch nicht auf dem Radar, und es gibt in der Schweiz nur wenige Frauenhäuser, die auch in der Lage sind, Frauen im Rollstuhl aufzunehmen. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) hat eine wichtige Empfehlung zur Finanzierung der Frauenhäuser und zur Gestaltung der Anschlusslösungen herausgegeben, die zeigt, wie wir diesen Bereich weiterentwickeln können. Ich finde es sehr interessant, weil Frauen und auch ihre Kinder mangels Anschlusslösungen im Frauenhaus bleiben, obwohl sie den Schutz nicht mehr im gleichen Mass benötigen und weitergehen könnten. Die erste Stabilisierung hat stattgefunden. Dies führt zu unnötigen Kapazitätsengpässen, denn wir benötigen diese Frauenhausplätze wirklich. Deshalb müssen wir in Luzern über Anschlusslösungen an Frauenhäuser nachdenken. Das prioritäre Ziel der Anschlusslösung ist es, die Nachhaltigkeit des Aufenthalts in einem Frauenhaus zu garantieren und weiter zu stabilisieren. Schlussendlich geht es auch um Kinder, die am Anfang ihres Lebens und ihrer Entwicklung stehen. Deshalb ist es meiner Meinung nach wichtig, dass wir in Luzern über mehr Wissen verfügen und nicht nur über Schutzplätze und Frauenhäuser sprechen, sondern beginnen zu differenzieren und ein Angebot schaffen, das wirklich nötig ist.

Samuel Zbinden: Mir ist bei den verschiedenen Diskussionen wie zur Anfrage A 247 von Patrick Hauser oder aber auch dem Thema Gewalt an Frauen aufgefallen, dass teilweise sehr generalisierende aber auch pauschalisierende Zuschreibungen gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen, gegenüber Kulturen und gegenüber Nationalitäten gemacht wurden. Ich wünsche mir für unsere Ratsdebatte, dass wir auf solche Zuschreibungen verzichten. Ich glaube, es ist möglich, dass wir diese Themen ohne pauschale Zuschreibungen diskutieren. Es sind extrem wichtige Themen und man kann auch unterschiedliche Haltungen vertreten. So kann man beim Thema Gewalt an Frauen eher über mehr Polizeipräsenz sprechen oder man kann mehr Prävention oder andere Massnahmen verlangen. Ich glaube aber, dass diese Debatte auf einer sachlichen Ebene möglich ist, gerne auch hart in der Sache, ohne

generalisierende Zuschreibungen gegenüber einzelnen Bevölkerungsgruppen oder Kulturen. Wir können auch über die Ursachen von Gewalt an Frauen oder von einer generellen Zunahme von Gewalt sprechen, wenn man dieses Gefühl hat. Wir können in diesem Kontext auch über das Thema Armut sprechen, aber ich bitte Sie, einfach ein wenig auf die Wortwahl zu achten. Mir ist das in mehreren Debatten aufgefallen, und ich glaube nicht, dass solche Zuschreibungen gut für die Kultur unserer Ratsdebatte und für unsere generelle politische Kultur sind.

Martin Wicki: Zum Votum von Samuel Zbinden: Ich beziehe mich auf Statistiken und nicht auf irgendwelche Aussagen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Wir haben den ganzen Nachmittag über Gewalt diskutiert, in verschiedenen gesellschaftlichen Fällen, und Gewalt gegen Frauen ist eines der Themen, wo die Gewalt schweizweit zugenommen hat. Ich zitiere aus der Bundesstatistik: «Gewalt gegen Frauen ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem, das in der Schweiz nach wie vor leider weit verbreitet ist. Im Jahr 2023 wurden 11 479 Fälle häuslicher Gewalt polizeilich publiziert, wobei 70 Prozent der Opfer weiblich waren.» Das ist die schweizweite Situation. Die kantonale Situation haben wir abgebildet, und Sie haben diese gerade nochmals deutlich gemacht. Deshalb verzichte ich auf eine Wiederholung dieser Ausführungen. Ich glaube aber, es ist wichtig zu sagen, dass auch die Luzerner Regierung hoch sensibilisiert ist in diesem Bereich. Zudem haben Regierungsrätin Ylfete Fanaj und ich kürzlich zusammen das Frauenhaus besucht und mit dem Team des Frauenhauses gesprochen. Wir sind uns bewusst, dass es mehr Massnahmen braucht. Aus diesem Grund wurden auch die Präventionsarbeit und der Aktionsplan aus dem Justiz- und Sicherheitsdepartement wohlweislich antizipiert vorangetrieben. Es ist aber auch so – und da stimme ich die Kantonsrätin Pia Engler zu –, dass wir sehr gut analysieren müssen, welcher Bedarf vorhanden ist und was wir benötigen, damit wir die entsprechenden Angebote auch adaptieren können. Generell zu sagen, dass wir zu wenig Schutzplätze haben, lässt sich mit Blick auf die Zentralschweiz im Moment nicht sagen. Ich stelle aber auch fest – und da war ich im Austausch mit der Sozialdirektorin des Kantons Zürich –, dass viele Kantone es verpasst haben, Schutz oder Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund ist eine Arbeitsgruppe der SODK damit beschäftigt Vorschläge auszuarbeiten, wie man Angebote und auch Finanzierungsmöglichkeiten überkantonale sicherstellen kann. Wichtig erscheint mir auch, dass Prävention und Verantwortung im Aktions- und Massnahmenplan entsprechend umgesetzt werden müssen. Es freut mich in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass die Kantone Luzern, Ob- und Nidwalden die Übergangslösung im Bereich der Opferhilfe Telefonnummer miteinander vorangetrieben und nicht bis Ende 2025 zugewartet haben, bis diese Notrufnummer überhaupt in Kraft tritt. Wir haben die ersten Eckpfeiler eingeschlagen, wir sind uns einig, dass wir sicherlich weitere Massnahmen gegen Gewalt an Frauen prüfen und entsprechend auch umsetzen müssen. Gewalt an Frauen – und das möchte ich hier nochmals betonen – hat nicht nur mit dem Migrationshintergrund zu tun, sondern zieht sich über alle gesellschaftlichen Strukturen, egal ob der Pass, den Sie in der Hand haben, rot-weiss ist oder wie auch immer. Wir haben diese Rollenbilder in verschiedenen gesellschaftlichen Kulturen. In diesem Sinn danke ich für die Anfrage, wir bleiben dran.